

(Ministerin Ridder-Melchers)

(A)

z. B. aus Mitteln des Arbeitsministeriums; aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums wird, wenn der Haushalt so abgeschlossen wird, befristet eine Stelle kommen. Aber ich sage auch ganz deutlich: Ich erwarte natürlich auch, daß gerade so eine Einrichtung auch von denen unterstützt wird, die davon profitieren, nämlich von dem Bereich des Handwerks.

(Beifall bei der SPD)

Die könnten hier auch durchaus mit einsteigen.

Abschließend kann ich nur feststellen, und ich denke, daß ist auch in der Debatte deutlich geworden: Wir sind im Bereich der Frauenpolitik schon viele Schritte nach vorn gekommen. Daß das nicht ein Erfolg eines Ministeriums allein ist, sondern daß es Erfolg vieler ist, hat auch Frau Speth hier vorgetragen, und ich kann das von mir aus nur unterstreichen. Sogar Herr Lanfermann hat festgestellt, daß die Autonomen und die Linken das schon ganz gut finden, was wir machen. Ich kann Sie nur ergänzen, Herr Lanfermann: Wenn Sie wüßten, mit wie vielen wir im Gespräch sind - ob das Frauen in der Kirche sind, Frauen in den Gewerkschaften und sogar die Frauen des Handwerks und Unternehmerinnen; Sie wissen gar nicht, was sich da alles an Netzwerken spinnt -!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie werden da noch die frohe oder unfrohe Überraschung irgendwann erleben.

Ich darf mich herzlich für die Beratungen bedanken und hoffe, daß wir weiter vorankommen und im Ausschuß mit der gleichen Solidarität weiterarbeiten können wie bisher. Ich glaube, das wird den Frauen in Nordrhein-Westfalen zugute kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sind hier nicht angekündigt. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung: Zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

(C)

GRÜNEN Drucksache 11/6452. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schadel)

Wir stimmen über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6411 ab. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlußempfehlung entsprechend der Haushalt des Einzelplans 11 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6406 und den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6453. Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Posdorf für die Fraktion der CDU das Wort.

(D)

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle, Haushalt - bei jedem Einzelplan und insgesamt - bedeutet in Zahlen realisierte oder in Zahlen gegossene Politik. Wir wissen auch alle, daß wir vor finanzpolitisch schwierigen Zeiten stehen oder sogar mittendrin sind.

(Abgeordneter Grevener [SPD]: Alles nichts Neues!)

Jedoch darf auch diese Tatsache uns nicht daran hindern, einen Haushalt daran zu messen, was von der Politik gefordert, von der Politik als gewollt formuliert, von der Politik immer wieder propagiert und dann - hier ist die Landesregierung angesprochen - in der finanzpolitischen Wirklichkeit realisiert wird.

(Dr. Posdorf [CDU])

(A)

Wir hören von der Landesregierung immer wieder, daß Investitionen in Köpfe, daß Investitionen in das Know-how, daß Investitionen in Bildung und Ausbildung unserer jungen Menschen ihr oberstes Ziel seien. Wir hören immer wieder von ihr, das dieses und nur dieses unser Land als Ausbildungsregion, als Kulturregion und als Wirtschaftsregion sichern und für die Zukunft gerüstet erscheinen lassen kann.

Nur frage ich: Ist es wirklich Priorität in Bildung, wenn - erstens - die Landesregierung in den Jahren 1985 bis 1991 den Hochschulbau in einer Art und Weise behandelt hat, die nur als "sträflich vernachlässigt" zu bezeichnen ist, weil sie nämlich gemessen am Bevölkerungsanteil in dieser Zeit rund 1 Milliarde DM im Hochschulbau nicht angemeldet hat und so genau in diesem Zeitraum auf Investitionen von 2 Milliarden DM verzichtet hat?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hört, hört!)

Ist es als prioritäre Bildungs- und Ausbildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik zu bezeichnen, wenn - zweitens - die Landesregierung 1980 aus dem Wissenschaftshaushalt nominal pro Student über 18 000 DM und 1994 nominal 15 000 DM - das bedeutet real zu 1980 gesehen lediglich 9 600 DM pro Student - aufgewandt hat?

(B)

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: So sprechen die Zahlen!)

Ich frage: Ist es wirklich prioritär, wenn - drittens - die Realausgaben um mehr als 42 % zurückgegangen sind?

Ist es als prioritäre Wissenschafts- und Forschungspolitik zu bezeichnen, wenn - viertens - der Anteil des Wissenschaftshaushalts am Gesamthaushalt von 1980 mit 11,3 % auf 1994 mit 9,35 % sinkt und in der mittelfristigen Finanzplanung sogar bis 1997 den Stand von 8,5 % erreichen soll?

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Minuswachstum!)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu bedenken, daß bei einem 70-Milli-

arden-Haushalt ein Prozentpunkt immerhin 700 Millionen DM sind. Also, ein Prozentpunkt weniger sind fehlende 700 Millionen DM. Sind das die vielbesagten Investitionen in die Köpfe unserer Leute, in die Zukunft unseres Landes? (C)

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Nein!)

Ist es als prioritäre Wissenschafts- und Forschungspolitik zu bezeichnen, die den Fachhochschulausbau und die Förderung der Fachhochschulen immer wieder wie eine Fahne vor sich her trägt, wenn - fünftens - die Nominalausgaben pro Student in Fachhochschulen von 5 000 im Jahre 1980 auf 4 800 DM und damit real auf 3 069 DM gesunken sind? Das ist eine prozentuale Verringerung von 32,9 %; denn wir müssen auch von den Realausgaben ausgehen.

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: So ist es!)

Ich frage Sie weiter: Ist es eigentlich auch sozial vertretbar, wenn der prozentuale Rückfluß des BAföG-Anteils am Landesanteil - wieder von 1980 bis 1994 - von 4,6 auf 44 % gestiegen ist und dieses Land, das sich so sehr um unsere Studenten kümmert, diese Gelder vereinnahmt, statt sie in ihrer Studienförderung - und hier meine ich durchaus im weitesten Sinne; da dürften der Phantasie keine Grenzen gesetzt sein - einzusetzen?

Ist es eigentlich auch prioritäre Wissenschaftspolitik, Politik für Forschung und Bildung, wenn sich das Land in Kenntnis der vom Bund bereitgestellten HBFüG-Mittel - wir wissen alle, daß es zuwenig sind - leistet, jetzt rund 260 Millionen DM Landesgelder zwar in den Haushalt einzusetzen, nun aber nicht mehr bereit ist, auch diese Gelder für andere hochschulrelevante Aufgaben auszugeben? (D)

Meine Damen und Herren, das ist Augenwischerei; denn die Situation so, wie sie ist, kannte die Landesregierung bei den Verhandlungen. Hier so zu tun, als ob, und sich zu freuen, daß man nicht muß, weil andere auch nicht tun, ist unlauter.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich könnte diese Negativliste beliebig erweitern, möchte es al-

(Dr. Posdorf [CDU])

(A)

lerdings heute hierbei belassen. Der Haushalt Wissenschaft und Forschung entspricht in keinster Weise dem, was die Landesregierung täglich propagiert und sowohl von der Wissenschaft als auch von der Forschung permanent einfordert.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Können Sie das wirklich so sagen?)

Es besteht hier nicht nur eine Schiefelage, Herr Kollege Dammeyer, sondern es besteht in diesem Sinne eine unüberbrückbare Diskrepanz.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Sind Sie sicher?)

Wir werden den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Apostel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Bitte genauso kurz!)

(B)

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 1994 und die erkennbaren Entwicklungen in Politik und Wirtschaft stellen die Menschen in Deutschland vor große Probleme. In allen Handlungsfeldern der Wirtschaft wie der Politik gilt es, die Kosten zu senken und die Produktivität zu erhöhen. Die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen des Landes stehen nicht außerhalb dieser Herausforderungen.

Was steht denn zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung? Das ist die erste Frage, die zu beantworten ist. Kollege Prof. Posdorf hat gerade seine Antwort gegeben. Ich möchte erst einmal festhalten, daß in dem Landeshaushalt 8 135 Millionen DM, also 9,83 % des Landeshaushalts, für die Ausgaben der Wissenschaft und der Forschung bereitstehen:

Im Einzelplan 06 7 744 Millionen DM, im Einzelplan 08 32 Millionen DM und im Einzelplan 20

359 Millionen DM. Natürlich wird die Frage nach mehr Geld sofort gestellt.

(C)

Die SPD-Fraktion gibt durch ihre Anträge Antwort auf diese Frage. Wir glauben, die zu erwartende Entwicklung der Steuereinnahmen und die durch den Nachtrag dargestellte Erhöhung der Neuverschuldung zwingt dazu, keine Ausgabenausweitungen mehr vorzunehmen.

Mit dem Entwurf der Landesregierung zum Einzelplan 06 werden für 1994 59 549 Stellen bereitgestellt, um die Aufgaben in Lehre und Forschung zu erfüllen. Das sind 74 mehr als in diesem Jahr.

Zur Bewältigung der Aufgaben und der damit verbundenen Probleme in den Hochschulen müssen wir neue Wege gehen, die wirksamer, aber nicht teurer sind. Das geht nur durch Veränderungen. Daraus entsteht persönliche Betroffenheit. Diese artikuliert sich in einer demokratischen Gesellschaft in Form von Protesten.

Die Studenten befürchten Einengungen ihres bisher möglichen Verhaltens. Auch die Professoren sind noch nicht in ihrer Gesamtheit von der Notwendigkeit der Veränderungen überzeugt. Die Schlagzeilen, Streiks und Proteste gegen Studienreform sind Ausdruck dieser Haltung. Die größte Zahl der Probleme in den Hochschulen entsteht aus der Überlastung, also der hohen Zahl der Studierenden. Bisher wurden diese Probleme mit dem Hinweis auf mehr Personal, Räume und Geld auf die Verantwortlichkeit der Politik geschoben.

(D)

Die Ministerin, Frau Brunn, hat am 6. Dezember auf einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft darauf hingewiesen, daß Umdenken und Umsteuern notwendig ist. Große Anstrengungen stehen uns bevor. Wer soll sie, ja, wer will sie denn erbringen?

Die Politik ist mitverantwortlich für das Handeln oder Nichthandeln der 59 549 Mitarbeiter in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Natürlich gibt es vor allem eine erhebliche Eigenverantwortung der Hochschulen, der Forschungseinrichtungen und darin handelnden Personen im Landesdienst. Vor allem die 8 882 Professoren sind aufgefordert, sich

(Apostel [SPD])

(A)

dem Strukturwandel in den Hochschulen aktiv gestaltend, zuzuwenden.

Es muß gelingen, den Behördencharakter der Hochschulen zu überwinden und einen Wandel zu modernen Dienstleistungsbetrieben zu erreichen. Die Hochschulen und die Fachbereiche sind aufgefordert, eine radikale Überprüfung ihrer Organisation und ihrer Tätigkeiten vorzunehmen.

Jeder Vorgang, jedes Verfahren muß daraufhin geprüft werden, ob es zur Aufgabenerfüllung zwingend notwendig ist - wenn ja, ob es nicht preisgünstiger und schneller erledigt werden kann.

Die Aufgaben der Politik liegen vor allem in der Schaffung und Sicherung der Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Finanzierung, die Rechtsetzung und der Abbau von Hemmnissen durch Vorschriften und Bürokratie. Leider wird die Politik bei ihrem Bemühen um sachgerechte Lösungen nur sehr zurückhaltend unterstützt.

Obwohl die Lage an den Hochschulen schon seit langem ernst bis schwierig ist, gewinnt die Bereitschaft, die Ursachen der Krise an der Wurzel zu packen, nur langsam an Boden.

(B)

Allerdings wächst die Einsicht, daß nicht alle Probleme mit mehr Geld, mehr Stellen und mehr Räumen gelöst werden können. Diese wachsende Einsicht muß aber noch in aktives Gestalten der Strukturprobleme in den Hochschulen einmünden. Gelingt das nicht, fallen die Hochschulen mit ihrer Problemlösungskompetenz im Urteil unserer Gesellschaft weit hinter das zurück, was von der Wirtschaft und von der Verwaltung in unserem Staat geleistet werden muß.

Meine Damen und Herren! Die Hochschulen und die einzelnen Professoren reagieren sehr unterschiedlich auf die Herausforderungen unserer Zeit. So liest man aus Münster von der Rektorin, Frau Professor Wasna: "Eigenverantwortliches Handeln ist das Gebot der Stunde." Entsprechend wurden in der Universität Arbeitsgruppen eingerichtet, die nach Wegen suchen, die Aufgaben besser und wirkungsvoller zu erfüllen. Da kann man nur sagen: Richtig so.

(C)

Auch die Arbeitsgruppen der Landesrektorenkonferenz kommen in ihren Empfehlungen zu durchaus praktikablen Verbesserungen. Von der Hochschulleitung in Aachen vernimmt man die Kunde, daß die in der Diskussion befindliche Rechtsverordnung zu Qualitätsverlusten, höheren Abbrecherquoten und Studienzeitverlängerungen führt - eine Einschätzung, die angesichts der vorliegenden Handlungsempfehlungen des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz Erstaunen und Verwunderung auslöst.

In diese Kategorie gehören auch die Meldungen, die aus Köln bekannt geworden sind: Hier wird Stimmung gemacht.

(Erhebliche Unruhe)

- Wenn ich zu sehr störe, Kollegen, kann ich vielleicht einen Moment aufhören.

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

In diese Kategorie gehören auch die Meldungen, die aus Köln bekanntgeworden sind: Hier wird Stimmung gemacht, statt entschlossen die Kräfte einzusetzen und die Aufgaben der Hochschule zu erfüllen. Wer klagen will, muß es tun, um zu Rechtsklarheit zu kommen.

(D)

Für die SPD-Fraktion ist der notwendige Strukturwandel an unseren Hochschulen hin zu mehr Eigenverantwortung und zu mehr Effizienz die Zukunftsaufgabe der Wissenschaftspolitik schlechthin. Der Weg, mehr Autonomie und auch bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln mehr Selbständigkeit und Flexibilität zu erreichen, ist vorgezeichnet. Die Hochschulen sollen sich verstärkt einem Wettbewerb durch Leistungsvergleiche stellen. Dazu gehört vor allem mehr Transparenz durch geeignete Berichterstattung über die Ergebnisse Ihres Handelns.

Meine Damen und Herren! In den Zielen stimmen die Vorschläge des Wissenschaftsrates, der Hochschulrektorenkonferenz und die Erklärungen der Regierungschefs der Länder vom 29. Oktober 1993 überein. Wir - die Landesregierung und die zuständigen Parlamente sowie die Hochschulen - müssen nun gemeinsam für Umsetzungsmaßnahmen sorgen, die eine zügige Realisierung der Studienstrukturreform gewährleisten.

(Apostel [SPD])

(A)

Die erfolgsorientierte Bereitstellung der Haushaltsmittel ist dabei eine Schlüsselentscheidung. Aber auch das Ausräumen von Irrfilmen und unbegründeten Erwartungen aus den Köpfen der handelnden und betroffenen Personen ist eine wichtige Aufgabe, der sich die Politik und die Hochschule stellen muß.

Da ist zum Beispiel die Erwartung, die hohen Zahlen der Studierenden könnte man, durch welche Maßnahmen auch immer, reduzieren. Meine Damen und Herren, in den westlichen Wettbewerbsgesellschaften werden Lebenschancen durch Qualifizierung erworben und zugewiesen. Das Recht auf Teilnahme an diesem Qualifizierungsprozeß wird durch die Hochschulreife erworben. Zur Einlösung dieses Rechts ist der Staat nach Maßgabe seiner Handlungsmöglichkeiten verpflichtet.

Die Einlösung dieser Verpflichtung wird bis ins einzelne gehend durch unsere Gerichte überprüft. Der Grundsatz der erschöpfenden Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ist dadurch entstanden.

Solange unsere jungen Menschen zur Sicherung ihrer Lebenschancen nach mehr Qualifizierung streben, werden uns die Probleme, die aus den hohen Studierendenzahlen entstehen, begleiten.

(B)

Im Vollzug der staatlichen Verantwortung für das Qualifizierungsangebot an jeden Jahrgang, der seine Hochschulreife erworben hat, müssen die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen durch Studienstrukturreformen freigehalten werden. In diesem Sinne müssen alle möglichen Maßnahmen auf einen vernünftigen Leistungswettbewerb ausgerichtet werden, um die Studierenden zu erfolgsorientiertem Handeln zu motivieren.

Die Verantwortung für die Ergebnisse der Hochschulen und das Handeln der Personen in ihnen muß durch die Reform besser sichtbar gemacht werden.

Meine Damen und Herren! Der Haushalt für 1994 sichert und verbessert den Bestand und die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen durch die Bereitstellung der schon genannten 8 135 Millionen DM und der 59 549 Stellen. Damit können alle begonnenen Entwicklungen fortgeführt werden.

(C)

Um den notwendigen Ausbau der Fachhochschulen auch durchführen zu können, fordert die SPD-Fraktion mit Nachdruck die Einlösung der Mitfinanzierungspflicht des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" ein. Es ist nicht zu verantworten, daß seit Jahren ein stärkerer Ausbau der Fachhochschulen beschworen wird, für die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen aber kein Geld zur Verfügung gestellt wird.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Die Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" nach Artikel 91 a des Grundgesetzes entwickelt sich, so gehandhabt, zu einem Verhinderungsinstrument.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Stimmt!)

Meine Damen und Herren! Leider ist meine Redezeit zu Ende. Ich hätte gern noch die paar gemeinsamen Anträge angesprochen; aber die Kollegen kennen sie. Es ist von so gravierender landesweiter Bedeutung nicht, was wir im Ausschuß gemeinsam beschlossen haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

(D)

Damit kann ich feststellen: Die SPD-Fraktion stimmt dem Entwurf des Haushaltsplans, wie er jetzt vorliegt, zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Apostel. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schultz-Tornau das Wort.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Apostel hat vom Grundsatz der erschöpfenden Auslastung gesprochen. Ich habe, wenn ich so diese zwei Tage vor meinem geistigen Auge, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, Revue passieren lasse, den Eindruck,

(Schultz-Tornau [F.D.P.])

(A)

als ob wir diesen Grundsatz in extensiver Weise auch auf uns selber anwenden würden.

(Allgemeiner Beifall)

Man muß vielleicht doch noch einmal darüber nachdenken, obwohl dies alles in Jahrzehnten gewachsene schöne Tradition ist, was wir betreiben. Das Wort "schön" nehme ich gleich wieder zurück: Es ist in Jahrzehnten gewachsene Tradition. Wir sollten uns vielleicht doch einmal ein anderes Verfahren als dies überlegen, das wirklich alle bis zum äußersten strapaziert.

(Allgemeiner Beifall)

Wie es mit der Priorität für Bildung und Wissenschaft steht, mag ja auch im Blick auf die Zeit deutlich werden, in der wir diesen Haushalt beraten, wo man von tiefster Sandmännchenzeit schon nicht mehr sprechen kann; wir sind ja inzwischen schon deutlich über die tiefste Sandmännchenzeit hinausgeraten. Mir scheint, auch das sagt leider etwas darüber aus, wie sich inzwischen wieder ein schleichender Paradigmenwechsel vollzogen hat: daß man zwar noch verbal in Sonntags- und Werktagsreden diese Priorität beschwört, wir aber im politischen Alltag leider wieder in der Dämmerung angekommen sind.

(B)

Man darf sich allerdings darüber auch nicht wundern, denn seit Jahren ist ja nicht nur in diesem Lande, sondern generell der Versuch gescheitert, andere Prioritäten zu setzen. Wann sollte denn die Umsteuerung erfolgen, als in einer Zeit leerer Kassen bei in diesem Lande 111 Milliarden DM Schulden?

Wir haben ja auch in diesem Jahr einen offensichtlich vergeblichen Anlauf erneut unternommen, die Prioritäten zu ändern, indem wir gesagt haben: In dieser Lage des Haushalts kann man nicht Mehrforderungen stellen, sondern es geht darum, wo gespart wird und wo eben nicht gespart wird.

Deswegen haben wir qualifizierte Minderausgaben für den Großteil der Bereiche des Landeshaushalts beantragt und deutlich gesagt - deswegen nicht "global", sondern "qualifiziert" -, wo man Einsparungen vornehmen muß. Wir haben davon ganz klar unter anderem den Bereich der Wissenschaft ausgenommen.

(C)

Nur so, wenn wir dem folgen würden, hätten wir überhaupt die Chance, Spielräume, die wir verloren haben, zurückzugewinnen; denn wir wollen es nun nicht so halten wie unsere grünen Freunde, die die WestLB verscheuern wollen, wenn ich das einmal so platt sagen darf. Das ist natürlich ein sehr charmanter Einsparvorschlag. Vor allen Dingen deshalb, weil man ja weiß, daß der Antrag abgelehnt wird, kann man ihn jedes Jahr wiederholen und hat auf diese Weise jedes Jahr ein außerordentlich eindrucksvolles Einsparpotential zur Verfügung.

Herr Kollege Apostel hat davon gesprochen, man müßte in allen Bereichen - und das gelte dann auch für den Wissenschaftsbereich - Kosten senken und dabei die Produktivität erhöhen. Genau das zeigt eben auch, wie wir in die Gefahr geraten, in eine argumentative Schiefelage hineinzukommen; denn wir haben ja - wenn man sich die Studentenzahlen, auf die unsere Hochschulen ausgelegt sind, und das anschaut, was heute an Studenten da ist, und wenn man das in Relation zu den Mitteln setzt - über Jahrzehnte jetzt fast schon die Kosten drastisch gesenkt und die "Produktion", nämlich die Studentenzahlen, entsprechend erhöht.

Hier also etwas abzuverlangen, was den Hochschulen seit Jahren in unerträglich strapazierender Weise zugemutet worden ist, trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der Wissenschaftspolitik bei.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir also von Mitverantwortung der Hochschulen - die ich nicht leugne - und davon reden, daß es erheblichen Reformbedarf gibt, dann ist es wahnsinnig gefährlich, wenn wir nun plötzlich, weil wir kein Geld mehr haben, dies in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen und den Eindruck erwecken, als ob die Misere unserer Hochschulen in erster Linie darauf zurückzuführen wäre, daß es an der entsprechenden Reformbereitschaft der Hochschulen selbst, sprich: der Lehrenden und der Lernenden an den Hochschulen, läge und nicht an den unzureichenden Rahmenbedingungen, die Sie in einem schüchternen Nebensatz denn gerade einmal ganz am Rande erwähnt haben.

Nein, kennzeichnend für die Situation ist zunächst einmal, daß wir die Hochschulen im Regen haben

(Schultz-Tornau [F.D.P.]

(A)

stehen lassen, daß wir sie materiell unzureichend für die Aufgaben, die wir ihnen aufbürden, ausgestattet haben.

Ich halte daran fest, daß die Öffnungspolitik unserer Hochschulen richtig war, und daß es dumm ist zu sagen, wir hätten zu viele Akademiker ausgebildet, und diese unseligen Vergleiche von Auszubildenden in beruflichen Bereichen und angeblich mehr Studierenden auf der anderen Seite zu ziehen - wobei man eben vergißt, daß die Dauer eines Hochschulstudiums deutlich länger ist als eine berufliche Ausbildung. Wir vergleichen hier also Äpfel mit Birnen. Wenn man das aber so sieht, müssen wir diese Öffnungspolitik auch materiell unterfüttern, und daran fehlt es leider auf allen Ebenen.

Man sieht, daß der Staat in besonders eklatanter Weise seine Aufgaben verfehlt hat. Das Land Nordrhein-Westfalen ist ja, vorsichtig ausgedrückt, nicht gerade in einer Spitzenposition. Ich will das nicht wiederholen, vor allen Dingen wird mir die Ministerin ja ohnehin vehement widersprechen. Das Programm "Mathematik für Frauen" ist ja noch nicht durchgeführt worden, deshalb hat sie auch das gute Recht, ohne Rücksicht auf die Stringenz der Zahlen hier anderes zu behaupten als die Realität.

(B)

(Ministerin Brunn: Herr Vorsitzender, Sie sind ein Chauvi!)

Wenn man das einbezieht, sagen auch wir: Reformen - -

- Ist das neu? Also, Frau Ministerin, wenn Sie das bisher noch nicht gemerkt haben! - Jetzt hat sie mich doch voll in Verlegenheit gebracht.

Vizepräsident Schmidt: Er ist jetzt ein bißchen durcheinander.

(Minister Dr. Schnoor: Der Faden ist abgerissen! - Abgeordnete Larisika-Ulmke [F.D.P.]: Nicht widersprechen!)

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Ein Chauvi! Aber ich nehme das nicht als Vorwurf, sondern

als liebenswürdige, nicht ganz falsche Feststellung. Ich gebe zu, so kann man es auch auslegen. Ich wollte ja eine Entschuldigung dafür finden, daß Sie so an den Zahlen vorbeierargumentieren.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Dennoch, auch ich sage: Wenn wir an unserem Eingeständnis, nicht genug getan zu haben, festhalten, dann haben wir auch die Berechtigung, die Hochschulen in die Pflicht zu nehmen; denn es ist ja in der Tat so, daß man bei den heutigen Verhältnissen eine Hochschule in Deutschland mit fast 30 Jahren verläßt. Das darf kein Dauerzustand bleiben. Der Rektor der Fachhochschule Bochum hat das so schön ausgedrückt - Zitat -:

Die Altersstruktur wird sich in Deutschland deutlich verändern. Man wird sich 30jährige Hochschulabsolventen mit einer durchschnittlichen Ruhestandserwartung von ca. 60 Jahren bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von ca. 80 Jahren zukünftig nicht leisten können.

Deshalb muß darauf geachtet werden, daß wir für vernünftige Rahmenbedingungen sorgen - davon sind wir ganz, ganz weit entfernt.

Wir müssen aber auch fragen, was unbedingt gewußt werden muß. Danach müssen wir im Zusammenwirken mit den Hochschulen, nicht nur den Hochschullehrern, sondern auch mit dem Kreativitätspotential vieler Studierenden die Stoffe auswählen. Wir müssen darüber nachdenken, wie man das neu organisieren kann, was in die erste Phase hinein muß und was bei der Geschwindigkeit, in der das Innovationstempo in unserer Gesellschaft voranschreitet, in eine Weiterbildungsphase gehört. Wir müssen endgültig mit der Vorstellung aufräumen, man könne Wissen für das gesamte Berufsleben mit dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß erwerben.

Da sind wir gemeinsam auf einem Dampfer. Wir unterscheiden uns allerdings in den Methoden. Nicht die Überstülpmethode, sondern die Gesprächsmethode ist es, die wir in diesem Bereich vorziehen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen:

(C)

(D)

(Schultz-Tornau [F.D.P.]

(A)

Bei der ganzen Diskussion um eine Neustrukturierung der Lehre müssen wir darauf achten, daß die Forschung nicht unter die Räder gerät. Wir reden mit Recht sehr viel über die Lehre. Aber das hat die gefährliche Tendenz, daß wir kaum noch über Forschung reden. Wir wissen, daß die Defizite und die Probleme auch im Bereich der Forschung von Tag zu Tag größer und schwieriger werden, vor allen Dingen vor dem Zeithorizont 1995, wenn sehr viele Hochschullehrer ausscheiden und die Sonderprogramme enden. Wir haben bis heute noch keinen Ansatz einer Lösung der Finanzprobleme, die damit auftreten, gefunden. Also hier die herzliche Bitte: nicht nachlassen in dem Bemühen, darüber nachzudenken, wie wir die Lehre verbessern können, darüber aber nicht die Forschung vergessen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Schultz-Tornau. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor vier Wochen ja ohnehin ausführlich über die Hochschulpolitik diskutiert im Rahmen einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die viele Platitüden enthielt,

(Abgeordneter Grevener [SPD]: Was?)

manches beschönigte und in einigen Punkten auch eine zutreffende Bestandsaufnahme gab.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Na, so was!)

Für mich hat diese Debatte vor allem dreierlei deutlich gemacht:

Erstens darf sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung für den Hochschulbau stellen. Alle Fraktio-

nen dieses Hauses fordern gemeinsam vom Bund, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

(C)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Jawohl!)

Die Mittel nach dem Hochschulbauförderungsgesetz müssen auf mindestens 2,3 Milliarden DM erhöht werden. Das Bund-Länder-Programm zum studentischen Wohnungsbau muß fortgeführt werden.

Zweitens darf aber auch das Land diese landespolitische Kernaufgabe nicht länger vernachlässigen. Der Wissenschaftsetat - Herr Posdorf hat das schon im einzelnen vorgerechnet - soll in diesem Jahr im Vergleich zu 1993 lediglich um 1,2 % steigen, was eine reale Kürzung der Mittel bedeutet trotz der nach wie vor bestehenden Überlastungen der Hochschulen.

Dies führt in einen Teufelskreis, denn wer den Hochschulen weniger Geld zur Verfügung stellt, verschlechtert automatisch die Ausbildungsbedingungen und verlängert auch die Studienzeiten, zum Beispiel weil Labor- und Praktikumsplätze fehlen. Wer es den Studierenden aufgrund unzureichender Mittelausstattung verweigert, zülig und konzentriert ihre Scheine zu erwerben, trägt damit gewollt oder ungewollt zur Verlängerung der Studienzeiten und damit zu höheren quantitativen Anforderungen an die Hochschulen bei. Darum kann Sparen gerade im Hochschulbereich uns alle sehr teuer zu stehen kommen.

(D)

Drittens müssen die Lehr- und Studienbedingungen reformiert werden. Dabei dürfen wir aber das Pferd nicht vom Schwanz her aufzäumen. Formale Regelungen, härtere Restriktionen, Blaupausen - das alles hat mit Studienreform nichts, aber auch gar nichts zu tun. Die Studienreform muß von unten wachsen, sie kann nicht von oben oktroyiert werden. Darum sollten wir gemeinsam Initiativen fördern, die Reformen wagen wollen. Dann wird sich ein Spareffekt automatisch einstellen, aber eben nicht um den Preis völligen Unverständnisses, sondern von den Betroffenen akzeptiert und mitgetragen.

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Wir halten die für den Hochschulbereich vorgesehenen Mittel insgesamt für zu niedrig und schlecht

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

strukturiert. Im Ausschuß haben wir eine Reihe von Anregungen gegeben, so die Erhöhung der Ausgaben für Lehre und Forschung um 5 %, die Fortsetzung und Erhöhung des sogenannten Notzuschlags auf Zeit, solange die Hochschulen noch unter den erheblichen Defiziten bei ihrer räumlichen und personellen Ausstattung leiden, die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für Stellen, die lediglich befristet besetzt werden, also insbesondere für Qualifikationsstellen im akademischen Mittelbau, und für die Errichtung studentischen Wohnraums, dessen Förderung der Bund ja einstellen will. All diese Anregungen wurden leider abgelehnt. Das ist nicht nur schade, sondern es ist auch unvernünftig, weil Investitionen in unsere Hochschulen Investitionen in die Zukunft von Nordrhein-Westfalen sind.

Für all unsere Anträge haben wir übrigens konkrete Deckungsvorschläge gemacht. Wir wollen eine stärkere Gewichtung des Wissenschaftsetats im Landeshaushalt und sind bereit, dafür in anderen Einzelplänen Abstriche zu machen. Vor allem aber muß es darum gehen, die Einnahmeseite zu verbessern.

So gern wir Ihnen eine Freude bereitet - auch Ihnen, Herr Dammeyer, eine persönliche Freude - und dem Einzelplan 06 zugestimmt hätten - Sie sind leider nicht weit genug gesprungen. Es wäre so schön, wenn es endlich wieder eine "Wissenschaftsfraktion" aus den Wissenschaftspolitikern aller im Landtag vertretenen Fraktionen geben könnte, die wissenschaftspolitische Überlegungen vor Operationen mit dem Taschenrechner stellt.

(B)

Gewiß, alles muß finanziert werden. Dazu haben wir Ihnen, wie gesagt, konkrete Vorschläge unterbreitet. Es ist bedauerlich, aber wir müssen den Einzelplan 06 ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Das Pult ist noch hochgefahren; das müssen Sie jetzt wieder herunterfahren, Frau Brunn.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich wollte einmal ausprobieren, wie hoch das herauffährt. - Heiterkeit)

(C)

- Das war Herr Vesper, extra für Sie, Frau Brunn. - So, das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Brunn.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Rednerpult muß ich erst einmal auf Format bringen, damit ich meinen Bedürfnissen entsprechend reden kann.

Dabei möchte ich Sie nicht überstrapazieren, denn, meine Damen und Herren, tatsächlich hatten wir in der vergangenen Plenarwoche im November ja Gelegenheit, über Wissenschaftspolitik zu reden. Ich halte es schon für eine wichtige Würdigung unserer Politik, daß der Herr Ministerpräsident zu unserem Themenbereich aus der Sicht der Landesregierung ausführlich Stellung genommen hat.

Meine Damen und Herren! Nun ist also wieder, wie sich das nach der üblichen Arbeitsteilung gehört, von der Opposition bedauert worden, daß wir aus ihrer Sicht keine hinreichende Mittelsteigerung hätten. Natürlich hätte ich auch gern mehr Geld. Wer kann in einem Etatbereich, in dem man vor allem dem Geldausgeben für viele gute Zwecke verpflichtet ist, nicht mehr Geld gebrauchen?

(D)

Allerdings muß ich doch sagen, daß unsere tatsächliche Ausgabensteigerung von 2,9 %, die wir der Wissenschaft im kommenden Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen können, sich im Rahmen dessen bewegt, was im Landeshaushalt insgesamt für zusätzliche Ausgaben zur Verfügung steht. Ich bin der Meinung, daß das angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage, in der sich unser Land befindet, etwas ist, was ich akzeptieren muß und jedenfalls durchaus vertretbar ist.

Denn wir können im kommenden Jahr den Universitäten 3,5 % und den Fachhochschulen 4,6 % mehr zur Verfügung stellen. Und wenn Sie sehen, daß sie auch nicht die globale Minderausgabe in dem Maße wie im vergangenen Jahr haben, denke ich, daß sie 1994 sehr wohl deutlich mehr verfügbare Mittel haben werden als 1993.

(Ministerin Brunn)

(A)

Das ist eine außerordentlich wichtige Sache, und das möchten wir uns auch nicht in Abrede stellen lassen durch die Zahl 1,2, die die Bafög-Entwicklung und die Entwicklung in den anderen Etats, aus denen wir ja auch Geld bekommen, nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Ich habe zum wiederholten Male Ihnen, Herr Kollege Posdorf, zu widersprechen, was die Entwicklung des Wissenschaftsetats betrifft. - Da Sie nicht zuhören, sage ich es den anderen Kollegen: Sie haben in Ihrer Rechnung die steigende Verschuldung und den steigenden Schuldendienst nicht berücksichtigt. Wenn Sie das herausrechnen, ist der Anteil in Nordrhein-Westfalen - und das war schwierig genug zu erreichen - gleich geblieben. Nimmt man die letzten Jahre, ist der Anteil des Wissenschaftshaushaltes am Gesamthaushalt sogar gestiegen.

Nun meine ich, es wäre durchaus sinnvoll, wenn es eine Bund-Länder-Verständigung über eine deutliche zusätzliche Anstrengung im Bildungsbereich gegeben hätte.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B)

Es wäre nicht nur sinnvoll, es wäre aufgrund der Standortsituation, die es in Deutschland gibt, aufgrund des Stellenwerts von Bildung und Qualifikation für die Zukunftsentwicklung sogar notwendig. Aber Sie sehen ja, was auf dem Bildungsforum passiert ist. Über Forschung ist überhaupt nicht geredet worden. Zur Bildung ist nur die übliche Platitüde des Herrn Bundeskanzlers wiederholt worden.

(Widerspruch des Abgeordneten Rüsenberg [CDU])

- Ja, ich wiederhole den Begriff "Platitüde". Ich bin selten polemisch, aber in diesem Fall fällt mir wirklich nichts anderes zu dieser Äußerung ein.

(Beifall bei der SPD)

es gäbe zu viele Studierende und zu wenig Lehrlinge.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Über Forschung sollten wir reden!)

(C)

Das war wirklich banal. Man kann nur den Vorsitzenden der Hochschulrektorenkonferenz unterstützen und jede Äußerung unterstreichen, mit der er dieses zurückgewiesen hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist leider zu dieser Verständigung nicht gekommen, so daß wir warten müssen, ob sich im kommenden Jahr die Erkenntnis mehr durchsetzt; denn auch bei allen Schwierigkeiten: Spätestens im übernächsten Jahr kommen wieder stärker Jahrgänge in die Hochschulen. Spätestens dann werden wir dringend darauf angewiesen sein, daß der Fachhochschulausbau, über den man sich verständigt hat, tatsächlich realisiert wird. Es ist also unvernünftig, daß wir zu wenig Mittel für den Hochschulbau haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin nicht der Meinung, daß das Land die Mittel, die es für den Hochschulbau zur Verfügung stellt, für andere Zwecke ausgeben sollte, nur weil die Bundesmittel nicht da sind. Ich erwarte, daß uns der Bund gerade dort, wo dringlichste Baumaßnahmen durchzuführen sind, zumindest die Unbedenklichkeitsbescheinigung gibt, daß wir bauen können.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn in Bonn ein Hörsaal dringend benötigt wird, aber nicht funktionsfähig ist, dann ist es falsch, diesen Bau zurückzustellen,

(Zustimmung bei der SPD)

dann müßten wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung haben.

Wenn in Bonn ein Schwesternwohnheim, wofür wir auch hier im Landtag lange gekämpft haben, finanziert werden kann, kann es nicht sein, daß dieses Schwesternwohnheim keine Unbedenklichkeitsbescheinigung bekommt. Wir müssen dieses Wohnheim bauen, um alte, kaputte Wohnheime renovieren zu können. Es ist doch kein Luxus, wenn die Krankenschwestern der Universitätskliniken eine Wohnung brauchen. Deshalb möchte ich das Geld nicht aus dem

(Ministerin Brunn)

(A)

Hochschulbau entfernen, sondern erreichen, daß der Bund uns eine Vorfinanzierung erlaubt - was er uns momentan verweigert - und dann endlich im Jahr 1995, wenn die Regierung dann hoffentlich mit Hilfe der Wähler einsichtiger ist, die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, wofür ich eintrete.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht, daß die Hochschulbaufinanzierung noch länger zur Hochschulbauverhinderung wird.

Aber wir sollten uns auch mit den Mitteln, die wir haben, nicht die Möglichkeit verbauen, sowohl preiswerter zu bauen als auch effizienter in den meisten Bereichen zu handeln. Deshalb plädiere ich dafür, nicht in einem Jammerlied das Geld einzusammeln, das wir auf Bundesebene nicht bekommen, sondern dafür, mit den Mitteln, die wir haben, möglichst effizient umzugehen, und zwar auf allen Ebenen.

(Zustimmung bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, in der Not muß man nicht nur klagen, sondern auch erfinderisch sein. Man muß auch sehen, daß unsere über 8 Milliarden DM, die alles in allem für Wissenschaft ausgegeben werden - davon nahezu 8 Milliarden DM im Wissenschaftsetat -, auch ein Pfund sind, mit denen sich möglichst effizient wuchern läßt. Das ist das, was wir sowohl in den Bereichen der Bauten und Investitionen als auch im Bereich der Personal- und Sachmittel tun wollen. Ich bin der Meinung, daß wir uns Leerlauf nicht leisten können.

(Zustimmung bei der SPD)

Wie immer die Finanzausstattung ist, meine Damen und Herren: Die Verschwendung von Lebensarbeitszeit durch Unübersichtlichkeit in den Hochschulen, die Tatsache, daß bei einem großen Teil der Studiengänge keine Studienordnung vorhanden ist, so daß die Studierenden nicht einmal wissen, was man von Ihnen verlangt, sind doch ein Skandal. Ich finde, die Studienreform, die gerade in diesen Bereichen Besserung möglich macht, darf nicht nachlässig zurückgestellt

(C) werden, weil man nach Mitteln ruft, die einem dann an anderer Stelle fehlen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich finde, man muß dort, wo man steht, das Notwendige tun. Deshalb habe ich auch kein Verständnis dafür, wenn beispielsweise die größte Universität dieses Landes versucht, sich um Studienreform zu drücken mit der Vermutung, da könnte einem das Landesverfassungsgericht helfen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir warten einmal in Ruhe ab, was das Gericht dazu sagt, falls es zu einem solchen Prozeß kommt. Aber wir entlassen die Damen und Herren, die da tätig sind, nicht aus Ihrer Verantwortung, wofür sie doch von uns bezahlt werden

(Zustimmung bei der SPD)

und wofür sie von Ihren Studentinnen und Studenten - wenn es z. B. ein Rektor ist - und den Hochschul-leuten gewählt sind.

(D) Ich finde, verantwortliches Wahrnehmen von Aufgaben ist notwendig. Aus diesem Grunde wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dem Etat zustimmen würden. Wir werden jedenfalls sorgfältigst und sparsam mit den Mitteln umgehen, die wir haben. Dabei werden wir natürlich gleichzeitig werbend für mehr Mittel tätig sein. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Frau Ministerin Brunn. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu dem Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung - liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen ab, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6453, Kapitel 06 020, Titelgruppe 60, 89360, Stichwort: Errichtung Studentischen Wohnraums. Wer ist für den Änderungsantrag? - Die GRÜ-

(Vizepräsident Schmidt)

(A)

NEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Somit ist der Antrag gegen die Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6406. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 06 gegen die Stimmen der CDU, F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Nummer 7 auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6404 und auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6454.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Dr. Hahn das Wort für die CDU-Fraktion.

(B)

Abgeordneter Dr. Hahn (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Justiz ist ins Gerede gekommen, die Justiz steht vor dem Kollaps, Justiz am Rande des Infarkts, Justitias Mühlen mahlen noch langsamer - dies sind Schlagzeilen, aus der jüngsten Zeit. Die Kritik, die hier geübt wird, stimmt mit den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger überein, die ihr Recht suchen und die sich der Justiz anvertrauen.

Ein unverdächtig Zeuge, der frühere Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorfs, Herr Dr. Wiesen, hat diesen Kollaps ebenfalls bestätigt und darüber hinaus gemahnt, daß die Büroorganisation der Justiz dringend reformiert werden müsse.

Das Vertrauen des Bürgers hängt nicht nur davon ab, ob er Recht bekommt, sondern auch davon, wann er Recht bekommt. Wer Jahre braucht, um seine Baugenehmigung für sein Haus einzuklagen, dem sind, wenn sie dann kommt, die Preise davongelaufen. Der Handwerksmeister, dessen Klage gegen einen Steuerbescheid nach fünf Jahren entschieden wird, kann bis dahin ruiniert sein. Das Sicherheitsbedürfnis der

(C)

Bürgerinnen und Bürger wird über die Maßen strapaziert, wenn der Verbrecher, der sich wegen versuchten Totschlags zu verantworten hat, deswegen aus der Untersuchungshaft entlassen wird, weil eine Anklage oder ein Urteil nicht rechtzeitig ergehen kann. Oder der Angeklagte, der erst nach Jahren von einem ungerechtfertigten Verdacht freigesprochen wird, kann bis dahin Arbeit, Freunde und Familie verloren haben.

Die Ursachen für diese unhaltbare Situation: zu wenig Personal im mittleren Dienst und im Schreibdienst, eine miserable Büroausstattung der Justiz und eine chaotische Organisation. Es wäre sicherlich sehr einfach, sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir brauchen mehr Richter- und Staatsanwaltsstellen. Wir alle wissen, daß der Landeshaushalt dies nicht hergibt, obwohl Richter und Staatsanwälte bis an die Grenze des Belastbaren gefordert sind.

Das Problem ist, daß die automatische Datenverarbeitung bei der Justiz noch in den Kinderschuhen steckt. Es wird noch mit alten Registern wie vor 50 Jahren gearbeitet. Die PC's laufen noch nicht. In der größten Verfolgungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen, der Staatsanwaltschaft Köln, gibt es ein Faxgerät. Die Justiz ist um Jahre zurück. Mechanische Schreibmaschinen sind in den Büros noch in Betrieb. Oftmals dauert es bis zu einem Monat, bis ein Brief in der Kanzlei geschrieben wird und dann verschickt werden kann. Es werden Termine vor Gericht deswegen aufgehoben, weil Ladungen nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht herausgegangen sind. Es wäre einmal interessant zu wissen, wie viele Gerichtstermine im Lande aufgehoben werden müssen, weil Ladungen nicht rechtzeitig erfolgen.

(D)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Da gibt es keine Statistik, weil es nicht genug EDV-Geräte gibt, um das festzustellen!)

- Das ist eine richtige Bemerkung, Herr Lanfermann, aber ich möchte solch eine Frage auch nicht gern stellen, weil das - vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit - so viele Kräfte bindet, die dann wiederum der Justiz verlorengehen.

Aber die Abläufe insgesamt, die Geschäftsstellenorganisation, der Schreibdienst, alles dies klappt nicht. Die Wege sind zu lang. Wer eine Behörde oder